

Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

14. Juli 2022, 16:00 Uhr bis 19:15 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 21

Abwesende Mitglieder: 1

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und stellt Frau Thomann als neue Geschäftsführerin der Arbeitsförderung Karlsruhe vor und begrüßt ebenfalls Herrn Dressler von der Arbeitsförderung Karlsruhe.

Herr Dressler: Keiner soll am Übergang Schule und Beruf verloren gehen. Es wird sehr viel in Karlsruhe angeboten, angefangen beim Regionalen Übergangsmanagement des Stadtjugendausschusses bis zur Ausbildungsvorbereitung Dual, die sich aus intensiver Zusammenarbeit zwischen Schule und Sozialarbeit zusammensetzt. Weiter gibt es die Schulsozialarbeit an allen Karlsruher Schulen. Für die beruflichen Schulen ist die Arbeitsförderung im Auftrag der Sozial- und Jugendbehörde tätig. Es wird über ein digitales Modell versucht, am Übergang von den allgemeinbildenden Schulen einen Abbruch zu vermeiden. Dazu gibt es noch rund 50 begleitende Projekte, beispielsweise das Projekt „Geht was?!“. Das Ziel ist, dass möglichst niemand „verloren“ geht.

Frau Stadträtin Dr. Dogan betritt den Sitzungssaal.

TOP 1: Ukrainehilfe - Sachstand - Mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende: Die Überleitung der ukrainischen Flüchtlinge vom Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBIG) ins Sozialgesetzbuch II (SGB II) ist in Karlsruhe zu 80 Prozent erfolgt und wird voraussichtlich bis zum 1. August 2022 abgeschlossen sein. Es sind somit noch 420 Fälle vom AsylBIG ins SGB II umzustellen. Ein Teil davon ist noch ungeklärt, das bedeutet, dass möglicherweise manche der Flüchtlinge bereits wieder zurück in ihre Heimat gegangen sind oder schon eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Zum Auszahlungstermin August 2022 können hierzu genauere Zahlen genannt werden. Die Zahl der Leistungsbeziehenden aus der Ukraine nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) beträgt 250, inklusive der Anträge beim Stadtamt Durlach. Im Monat Juni sind im Fachbereich Soziales und

Teil habe 69 Neuanträge für diesen Personenkreis eingegangen, beim Jobcenter waren es zeitgleich 250 Anträge für Bedarfsgemeinschaften. Die vorläufige Unterbringung im ehemaligen Rathaus West war Drehscheibe zur weiteren Unterbringung. Bisher konnten 500 Personen von dort aus anderweitig untergebracht werden. Im Herbst wird die Sanierung des Rathauses West weitergehen. Als Ersatz konnten wir von den ViDia-Kliniken ein Schwesternwohnheim mit abschließbaren und ausgestatteten Appartements anmieten. Es wird eine Beratungs- und Betreuungsstelle ausgeschrieben, die im Schwesternwohnheim angesiedelt wird. Zum Bereich Kinder und Jugendliche gebe ich das Wort an Frau Langeneckert weiter.

Frau Langeneckert (SJB): Wenn Ukrainerinnen arbeiten möchten, werden Kinderbetreuungsplätze benötigt. In der Tagespflege gibt es Tagesmütter, die ukrainisch oder russisch sprechen können. Ferner gibt es bereits betreute Spielgruppenangebote. Wir haben die Hoffnung, eine neue Modell-Kita relativ schnell eröffnen zu können. Hier können besondere Gruppen bevorzugt werden, nicht nur ukrainische Kinder, sondern auch Familien mit langen Wartezeiten oder neu zugezogene. Mittlerweile gibt es einige interessierte Träger oder Vereine, die in der Überlegung sind, eine Kita zu eröffnen. Wir werden jedoch nicht alle Bedarfe bedienen können. Des Weiteren sind wir dabei, eine Bedarfsplanung für Beratungsangebote zu machen. Sprachkurse werden über das Büro für Integration geplant. Mittlerweile kommen in der psychologischen Beratungsstelle die Themen der Traumata an.

Frau Stadträtin Wiedemann und Herr Stadtrat Schnell betreten den Sitzungssaal.

Herr Kölmel (JC): Wir haben Ende Mai 2022 erfahren, dass die gesetzliche Grundlage der Leistungsgewährung für die aus der Ukraine geflüchteten Menschen im SGB II verankert wird. Es war eine Herausforderung für alle Beteiligten, diese Personengruppe zu übernehmen. Die Zusammenarbeit mit den Helfenden wie Dolmetschern, der Flüchtlingshilfe e.V., Privatpersonen, der Jüdischen Kultusgemeinde sowie der Sozial- und Jugendbehörde war lobenswert und hilfreich, um den Menschen so kurzfristig Hilfestellung zu geben. Inzwischen liegen 1.100 Anträge von Bedarfsgemeinschaften (das entspricht ungefähr 2.250 Menschen) vor. Stand heute konnten über 900 Anträge entschieden werden, somit haben wir fast 90 Prozent erreicht. Die Fiktionsbescheinigungen, als Voraussetzung für die Leistungsgewährung nach dem SGB II, wurden zeitnah ausgehändigt. Das hat in Karlsruhe, im Gegensatz zu anderen Städten, gut funktioniert. Die meisten Antragstellenden konnten auch schnell eine Bankverbindung vorweisen. Die Befürchtung, viele Barauszahlungen vornehmen oder mit Gutscheinen arbeiten zu müssen, blieb aus. Der Personenkreis wird als sehr zuverlässig, dankbar, hochmotiviert und gut vernetzt beschrieben. Im Leistungsbereich kommen jetzt die Bestandsaufgaben hinzu, wie Übernahme von Mietkautionen, Erstaussstattung und ähnliches.

Im Vermittlungsbereich haben wir 1.300 Menschen zu betreuen. Wir haben uns dafür entschieden keine Spezialisierung der Vermittlungskräfte vorzunehmen. Bei 75 Prozent der Kundinnen und Kunden wurde bereits ein Erstgespräch durchgeführt. Ein hoher Anteil an Personen benötigt einen Sprachkurs, um langfristig im Arbeitsmarkt integriert zu werden. Wir brauchen noch circa 950 zusätzliche Sprachkursplätze, die kurzfristig nicht zur Verfügung gestellt werden können. Wir haben bereits mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Gespräche geführt. Das BAMF ist dabei, möglichst schnell Plätze zu akquirieren, unter anderem auch mit Kinderbetreuungsplätzen für die Teilnehmenden. Die Einstellung zweier Dolmetscherinnen ab 1. Juli 2022 hat uns sehr geholfen, auch wenn

viele zum Beratungsgespräch Dolmetschende mitbringen. Fünfzehn qualifizierte, deutsch-sprechende Personen konnten mittlerweile an den Arbeitgeberservice übergeben werden, wo bereits erste Vermittlungsvorschläge gemacht wurden. 40 Menschen sind in Arbeitsverhältnissen, ohne vorherige Vorsprache beim Jobcenter, teilweise durch Online-Ausübung einer Beschäftigung in der Ukraine. Insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass dieser Personenkreis nach Durchführung der Sprachkurse gut auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden kann.

Frau Dr. Wagner (BMB): Ich weiß, dass im Bereich Kinder und Jugendliche mit Behinderung viel Unterstützung gewährt wird. Wie sieht das bei den Erwachsenen aus, wie werden dort Hilfen gewährt? Ich wurde von Betroffenen angesprochen, die privat in Familien untergekommen sind. Diese Familien stoßen mittlerweile mit der Hilfestellung an ihre Grenzen. Ich habe die Betroffenen an die Sozial- und Jugendbehörde verwiesen. Gibt es bereits Erwachsene mit Behinderung, die sich an die Sozial- und Jugendbehörde gewandt haben?

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Frau Langeneckert, können Sie uns sagen, welche Vereine an der Eröffnung einer Kita interessiert sind, und wie sieht es mit dem Personal aus, da bekanntlich ein Fachpersonalmangel herrscht? Wie werden neue Kitas belegt werden?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Herr Kölmel, bisher gab es bei Sprachkursen keine Kinderbetreuung. Werden diese Kosten zukünftig übernommen? Mit wie vielen Trägern arbeiten Sie aktuell zusammen? Wie gehen Sie mit dem drängenden Bedarf an Deutschkursen um? Was kann getan werden, damit die Sprachhilfe früher starten kann? Wird auch ein Online-Format vom BAMF akzeptiert werden?

Frau Langeneckert (SJB): Bisher gab es nur vereinzelt Kontakte zu Erwachsenen und Familien mit Kindern mit Behinderung. Die Suche nach Lösungen läuft in Zusammenarbeit mit der Abteilung Eingliederungshilfe. Es ist wichtig, die betroffenen Menschen an die Anlaufstelle der Sozial- und Jugendbehörde zu senden, damit dort die Vermittlung zur Eingliederungshilfe stattfindet.

Die Belegung der Kita erfolgt über das Kita-Portal. Bei der Modell-Kita wollen wir versuchen, direkt zu vermitteln, um auf wirklich dringende Bedarfe eingehen zu können. Ein Verein hat sich bereits konkret geäußert, eine Kita eröffnen zu wollen. Jedoch müssen alle Formalien für Kitas erfüllt werden, es bedarf einer Betriebserlaubnis. Der Fachkräftemangel bleibt ein Problem. Ukrainische Erzieher*innen können wir bisher nicht als Fachkräfte einsetzen, da eine Anerkennung erforderlich ist. Frau König ist als Fachbereichsleiterin mit dem Landesjugendamt vernetzt und nimmt diese Fragen mit.

Herr Kölmel (JC): Derzeit helfen sich die Sprachkursteilnehmenden teilweise untereinander mit der Kinderbetreuung. Beim BAMF soll die Kinderbetreuung mit eingekauft werden. Wir selbst können keine Sprachkurse einkaufen, sind jedoch zuversichtlich, dass das BAMF dies schnellstmöglich tun wird. In Karlsruhe haben wir gute Voraussetzungen, da es viele Träger gibt, die Angebote abgeben können.

Herr Stadtrat Kalmbach betritt den Sitzungssaal.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende dankt allen. TOP 6 wird vorgezogen an Stelle von TOP 3. Doch jetzt zuerst TOP 2.

TOP 2: Jahresbericht 2021 des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Budnik, Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderungen (BMB), Frau von Malottki sowie Frau Ippolito, BMB und Frau Wernert, Kommunale Behindertenbeauftragte.

Herr Budnik (BMB): Das Jahr 2021 war für die Risikogruppe coronabedingt schwierig. Die Videokonferenz-Software alfaview war und ist bis heute leider nicht barrierefrei. Sehbehinderte und blinde Mitglieder waren deshalb von diesen Sitzungen ausgeschlossen. Ich bitte die Verwaltung darum, zukünftig darauf zu achten, dass geeignete, barrierefreie Mittel ausgewählt werden. Trotzdem hat der BMB ein vielfältiges Portfolio bearbeitet. Herr Oberbürgermeister Mentrup hat den BMB besucht, und die wichtigsten Themen wurden besprochen. Auch verschiedene Fraktionen waren aktiv in unsere Arbeit involviert. Mittlerweile herrscht eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Ein Augenmerk liegt auf dem Thema E-Scooter. Nur kurzfristig war eine Besserung der Situation zu erkennen. In anderen Städten werden die Abstellplätze für E-Scooter von der Verwaltung festgelegt. Das wäre auch für Karlsruhe ein guter Ansatz.

Bei den Neu- bzw. Umbauten Haus M Städtisches Klinikum und Wildparkstadion haben wir besonders darauf geachtet, dass Barrierefreiheit eingehalten wird. Wir bleiben mit ganzer Kraft an diesem Thema dran, dass die zugesagten Verbesserungen auch eingehalten werden. Besonders Frau Wernert spreche ich meinen Dank für die gute Zusammenarbeit aus.

Frau von Malottki (BMB): Die Zusammenarbeit mit der KASIG wurde nach dem Start der U-Bahn im Dezember 2021 beendet. Die Zusammenarbeit mit der Projektsteuerung war sehr gut. Es bedarf bei der U-Bahn noch Nachbesserungen, doch das ist nun die Aufgabe der Karlsruher Verkehrsbetriebe, mit denen die Zusammenarbeit weiterlaufen wird. Beim Thema ÖRMI freuen wir uns, zusammen mit Frau Wernert in den Gremien vertreten zu sein. Wir waren im BYPAD-Verfahren beteiligt und sind auch im Expert*innen-Kolloquium zum Thema ÖRMI vertreten. Bei der Umgestaltung der Karlsruher Innenstadt sind wir an den Gesprächen beteiligt, um die Bedürfnisse und Belange von Menschen mit Behinderungen anzumelden. Wir danken dem Gemeinderat für die Unterstützung.

Frau Stadträtin Wiedemann (CDU) dankt für den regelmäßig erscheinenden Jahresbericht und das Engagement des BMB. Bei den E-Scootern hat sich eine leichte Verbesserung eingestellt, weil neuerdings das Display der Scooter anzeigt, wenn diese an bestimmten Plätzen nicht abgestellt werden können.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Es gibt Themen, die ins Auge gesprungen sind, wie zum Beispiel die E-Scooter Problematik oder auch das Thema Haltestellen, die dann im Bereich der Beschilderung sowie der Rettungswege nachgebessert werden müssen. Es ist schade,

dass alfaview nicht barrierefrei ist. Die GRÜNE-Fraktion dankt dem BMB, dass auch ein Augenmerk beim Neubau des Städtischen Klinikums lag und Mängel aufgezeigt wurden.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Bei der Betrachtung des Inhaltsverzeichnisses ist zu erkennen, was der BMB alles im letzten Jahr geschafft hat. Für die Einschränkung der Barrierefreiheit bei alfaview muss noch eine Lösung gefunden werden. Danke für die Beharrlichkeit an den Themen. Erfreulich ist zu hören, dass die Zusammenarbeit mit Frau Wernert gut ist.

Frau Wernert: Bereits zum 6. Mal habe ich den Bericht als Kommunale Behindertenbeauftragte (KBB) erstellt. Es sind viele unterschiedliche Facetten des Jahres 2021 abgebildet, die meisten mit dem Ziel der Barrierefreiheit. Ein Schwerpunkt war die Umsetzung der leichten Sprache. Kommunikation ist wichtig, denn schlechte Kommunikation schließt Personen aus. Auf der neuen Website der Stadt Karlsruhe ist eine ganze Menge in leichter Sprache aufbereitet, und ich hoffe auf einen weiteren sukzessiven Ausbau. Nicht vergessen werden darf das Angebot für gehörlose Menschen. Diese müssen aus Gebärdensprache ihre Informationen ziehen können. Es geht immer weniger um die Frage, ob Barrierefreiheit umgesetzt wird, sondern vielmehr darum, wie eine größtmögliche Barrierefreiheit für alle Menschen erreicht werden kann. Als KBB werde ich immer öfter bei Unternehmen eingebunden. Zum Beispiel konnte ich letztes Jahr eine Psychotherapeutin bei der Eröffnung ihrer neuen Praxis unterstützen. Die einzige barrierefreie Praxis in Karlsruhe. Man muss sich davon verabschieden, dass Barrierefreiheit das Bild verunstaltet, mehr Geld kostet oder davon, dass es „nur“ Menschen mit Behinderungen angeht. Vielmehr ist Barrierefreiheit ein Qualitätsmerkmal einer modernen Stadt. Meine Arbeit lebt von der Vernetzung. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Behindertenbeauftragten Baden-Württemberg arbeitet zum Beispiel an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG). Zum Schluss möchte ich meinen wichtigsten Partnern danken Herrn Budnik, Frau von Malottki und Frau Ippolito.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Es ist gut, dass ein Fokus auf die Barrierefreiheit gelegt wurde, denn es ist ein wichtiges Thema. Für ihre Mitarbeit am Runden Tisch Antirassismus – Antidiskriminierung meinen Dank.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE) schließt sich Herrn Stadtrat Riebel an.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Die ganze SPD-Fraktion dankt für die Arbeit. Das Qualitätsmerkmal einer modernen Stadt ist die Barrierefreiheit, die Stadt Karlsruhe ist hoffentlich auf einem guten Weg, eine moderne Stadt zu sein oder zu werden.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) schließt sich dem Dank an. Beim Thema ÖRMI wurde nicht wirklich alles umgesetzt, was gehört wurde. Im Bericht ist das Beispiel Erbprinzenstraße und südliche Waldstraße angeführt. Dort wurden Parkplätze für mehr Platz zurückgebaut, dafür hat sich stattdessen Außengastronomie angesiedelt. Es wäre gut, die KBB könnte mit dem zuständigen Dezernat für die Stadtmöblierung noch besser zusammenarbeiten, um die Belange von mobilitätseingeschränkten Personen im Blick zu behalten. Beim Thema Barrierefreiheit geht es auch darum, mobilitätseingeschränkten Menschen ein Stück Normalität zu geben. Beispielsweise die Diskussion, man könne die alte Turmbergbahn wiederherrichten, ist nicht gut, denn dann wäre diese Personengruppe von der Nutzung ausgeschlossen.

Frau Stadträtin Wiedemann (CDU): Die leichte Sprache ist schon seit vielen Jahren ein Thema im BMB, endlich kommt es zur Umsetzung. Das Zitat „Barrierefreiheit ist ein Qualitätsmerkmal einer modernen Stadt“ hat mir gut gefallen, daran sollten wir arbeiten, im Interesse von allen.

Herr Budnik (BMB): Alle Themen wie Umgestaltung der Karlsruher Innenstadt oder Turmbergbahn werden weiterbearbeitet.

Frau Stadträtin Binder betritt den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende: Im BTHG sind wir mit viel Motivation gestartet, auch als Vorreiter im Deutschen Städtetag. Die nächste Veranstaltung zu diesem Thema können wir jedoch erst dann planen, wenn es etwas zu berichten gibt. Dies ist derzeit nicht der Fall. Der Sozialen Wohnraumversorgung des Sozialamtes ist es gelungen, 80 barrierefreie Wohnung zu akquirieren.

Frau Ansin verlässt die Sitzung.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den vorgelegten Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Vorsitzende: Frau Binder, wir haben beschlossen, TOP 6 vorzuziehen.

TOP 6: Kommunalen Maßnahmenplan zur Verhinderung von Energiearmut
- Stellungnahmen zum Antrag und Änderungsantrag vom 11. Juli 2022 –

Der Vorsitzende: Bei diesem TOP führt die antragstellende Fraktion ein, analog der Praxis im Gemeinderat. Der Änderungsantrag liegt als Tischvorlage vor. Der Antrag wird aufgrund seiner sozialen Dimension heute im Sozialausschuss unter Beteiligung der Fachleute von den Stadtwerken und dem Jobcenter vorberaten.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Unsere Fraktion hat den vorliegenden Änderungsantrag erarbeitet, da der ursprüngliche Antrag vom März 2022, den Eindruck erweckt hat, die Stadtwerke zu attackieren. Das war nicht das Ziel, sondern lediglich darzustellen, dass die Preissteigerung der Stadtwerke einkommensschwache Familien, Rentner*innen und Erwerbslose bedrängt. Bei einkommensschwachen Haushalten geht es um die Existenz der Menschen. Deshalb war unser Vorschlag, das Thema in den Sozialausschuss zu bringen. Unser Anliegen ist es, mit Hilfe von politischen Entscheidungen, auch kommunalpolitisch, den Menschen unter die Arme zu greifen, nach Lösungen zu suchen. Die Kommune muss sich ebenso mit Ideen beteiligen, wie die Geschäftsleitung sowie Aufsichtsräte der Stadtwerke. Energiesparen ist natürlich immer das Erste. Einkommensschwache Haushalte haben oftmals alte Elektrogeräte, die Stromfresser sind, deshalb auch hier die Bitte, darüber nachzudenken, wie man als Stadt im Zusammenwirken mit den Stadtwerken und der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) helfen kann. Das Thema muss hier im Ausschuss und auch im GR diskutiert werden.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Loos und Herrn Schmidt von den Stadtwerken und erteilt Herrn Schmidt das Wort.

Herr Schmidt (Stadtwerke): Frau Stadträtin Binder hat viele Themen richtig aufgezählt. Die Preissteigerung wird noch weitergehen. Die fünf- bis sechsfache Preissteigerung wird jedoch nicht komplett an die Kunden weitergegeben werden. Die Stadtwerke sind ein Wirtschaftsunternehmen, das als solches auch agieren muss. Wir haben nicht den Auftrag, diese Situation durch Sozialtarife oder ähnliches zu entschärfen. Wir sind dazu auch wirtschaftlich nicht in der Lage. Auch die Kommune kann dies nicht allein bewältigen. Das Land und der Bund müssen ähnlich wie in der Corona-Krise eingreifen. Für einkommensschwache Haushalte gibt es ein rechtliches Netz, um Nachzahlungen abzufedern. Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, sind zum Beispiel Kommunikation und Ratenzahlungen, wie es bereits in der Pandemie praktiziert und deutlich ausgebaut wurde. Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, noch stärker in die Energieberatung zu gehen, damit allen die eigenen Möglichkeiten aufgezeigt werden, Energie zu sparen.

Herr Kölmel (JC): Ich kann nur für die Klientel des SGB II ergänzen, diese umfasst jedoch nicht alle Betroffenen. Im SGB II müssen wir unterscheiden zwischen Heiz- und Stromkosten. Heizkosten zählen zu den Kosten der Unterkunft. Hier werden die Nachzahlungen übernommen. Anders die Stromkosten, sie sind aus der Regelleistung zu finanzieren. Ab Ende Juli werden Einmalzahlungen in Höhe von 200 € gewährt, pro Kind zusätzlich monatlich 20 €. Bei Stromnachzahlungen oder Rückständen können Ratenzahlungen vereinbart werden. Wenn dies nicht möglich ist, kann das Jobcenter im Ausnahmefall ein Darlehen gewähren. Doch das ist nicht die Lösung, da dieses zurückzuzahlen ist. Zu beachten ist, dass nur ein Teil der einkommensschwachen Personen im SGB II bedient wird.

Der Vorsitzende: Es ist die Aufgabe des Bundes, Lösungen zu finden, schließlich können sich viele Städte die Armutsbekämpfung nicht leisten, wie beispielsweise Duisburg oder Schwerin.

Herr Stadtrat Jooß (FDP): Es freut mich, dass DIE LINKE. den Antrag eingebracht hat. Jedoch sind die Stadtwerke kein Sozialunternehmen. Es ist die Sache des Bundes, hier ist nicht die Kommune verantwortlich.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Wie löst man das Problem, mit welchen Instrumenten? Die Stadtwerke sind das falsche Instrument. Deren Aufgabe ist es, die Versorgung zu gewährleisten. Die Aufgabe liegt beim Bund. Die Stadt kann am Ende möglicherweise etwas beisteuern, aber die Reihenfolge ist maßgebend.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) schließt sich dem Vorredner an. Wie auch Herr Kölmel vom Jobcenter gesagt hat, der Bund muss hier Regelungen treffen, insbesondere da nicht alle Betroffenen im Leistungsbezug des SGB II stehen. Auch das Land muss agieren. Die Stadt kann nur als drittes Glied fungieren. Bei Personen mit niedrigem Einkommen, die keine Leistungen nach dem SGB II beziehen, muss die Kommune möglicherweise kurzfristig Überbrückung leisten, wenn Bund und Land nicht entsprechend ausgleichen, um Energie-sperren zu vermeiden. Man muss mit den Stadtwerken im Gespräch bleiben. Sie haben die Versorgungssicherheit aller zu gewähren, nicht nur die der Einkommensschwachen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Wir sind uns einig, dass die Thematik beim Bund gelöst werden muss. Zum Energiesparen ist zu sagen, dass Fernwärme aus dem Kohlekraftwerk RDK 7 nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Mit dem Gewinn der Stadtwerke werden andere Betriebe subventioniert. Wenn der Gewinn auf null reduziert wird, hat dies Konsequenzen in anderen Bereich.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Der Antrag gefällt mir gut, aber die Stadtwerke sind ein Wirtschaftsunternehmen. Zum 2. Punkt des Antrages ist anzumerken, dass die GRÜNEN in der Vergangenheit im Rahmen des „Saarbrücker Modells“ einen Antrag zum Thema Stromsperren eingebracht hat. Hierzu würde ich gerne vom Jobcenter und den Stadtwerken hören, wie die Zusammenarbeit läuft und ob Stromsperrungen vermieden werden konnten. Der Programmausbau der KEK hat bei uns große Sympathie gefunden.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist grundsätzlich zu klären, wie man mit der Problematik Energieversorgung umgeht. Um Energiearmut zu verhindern, sollten die bisher bestehenden Sozialsysteme angepasst werden. Das Thema muss grundsätzlich und längerfristig angegangen werden.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Danke für die verschiedenen Beiträge. Die Stadtwerke versorgen uns mit Energie. Deshalb besteht eine enge Anbindung an die Kommune. Wie Herr Kölmel, Jobcenter, richtig darstellt, sind nicht alle Einkommensschwachen über das SGB II abgedeckt. Es bedarf politischer Lösungen, die Stadtwerke können dies nicht alleine tragen, die Hauptlast liegt beim Bund. Soll kommunal ein politischer Auftrag an die Stadtwerke, zur Einführung eines Sozialtarifes ergehen, damit andere Kund*innen die Finanzierung solidarisch mittragen? Möglicherweise könnte dies übergangsweise erfolgen.

Frau Loos (Stadtwerke): Es geht nicht nur um das „Saarbrücker Modell“, sondern seit Corona sind wir mit hoher Sensibilität an das Thema herangegangen. Wir setzen verstärkt auf Kundenkommunikation und sind weit über die gesetzlichen Möglichkeiten hinaus tätig. Beispielsweise sind wir mit verlängerten Ratenzahlungen auf einem guten Weg. Ratenzahlungen haben zugenommen und werden auch gut bedient. Der Kunde muss tätig werden, hierzu wird er von uns animiert. Ein Automatismus der Mahnläufe muss jedoch aufgrund der gesetzlichen Regelungen sein. Von der ersten Mahnung bis zu einer Sperrandrohung dauert es 42 Tage. Der Kontakt mit Jobcenter und der Sozial- und Jugendbehörde ist gut, Härtefälle werden gut gehandhabt. Wir sind sehr engagiert, drohende Sperrungen abzuwenden. Dies wird auch gut von den Kundinnen und Kunden angenommen. Seit Corona erhalten wir ein gutes Feedback. Wenn Ratenzahlungen nicht regelmäßig bedient werden, muss jedoch agiert werden. Die Bereitschaft der Kundinnen und Kunden muss vorhanden sein, sie müssen aktiv mitwirken, zum Beispiel Anträge abgeben. Grundsätzlich soll die Energiesperrung vermieden werden.

Der Vorsitzende: Die Debatte zeigt, wie vernetzt bereits zusammengearbeitet wird. Wie Frau Loos richtig sagt, es geht darum, die Menschen selbständig zu machen.

Frau Stadträtin Dr. Dogan verlässt den Sitzungssaal

Der Vorsitzende: Wir werden das Energiesparen im Rahmen der Bäderstrategie vormalen. Wir werden vorschlagen, welche Bäder übergangsweise früher schließen können.

Wir werden Energiebilanzen der einzelnen Bäder erstellen, um zu sehen, wo es unter Berücksichtigung der sozialen Komponente und nicht nur aus Energiespargründen vertretbar ist. Der Weg muss über die bestehenden und gut ausgestatteten Sozialsicherungssysteme führen.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenlegung der Aufgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende ruft direkt zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Änderung der seit 1986 bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Landkreis Karlsruhe bezüglich des gemeinsamen Amtes für Ausbildungsförderung zu beschließen.

TOP 4: Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege - Vermittlungsplattform
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Höfle (SJB): Sie haben die Vorlage zum Thema Kurzzeitpflege mit Anlage erhalten. Im Januar 2022 gab es den zweiten Fachaustausch. Hierbei haben wir auf die historische Entwicklung der Platzzahlen, die sozialpolitischen Entwicklungen seit 2017 und erneut auf die aktuelle Situation geschaut. Die Teilnehmenden des Fachaustausches haben mitgeteilt, dass sich die Pflegeplatzsituation sowohl im Allgemeinen, als auch in der Kurzzeitpflege weiterhin schwierig darstellt. Für die zukünftige Versorgungssituation besteht die Möglichkeit, zusammen mit der Heimstiftung im Jahr 2024 im Klosterweg ein Angebot von 30 Kurzzeitpflegeplätzen zu schaffen. Im Fazit haben wir uns auf gemeinsame Unterstützungsmöglichkeiten geeinigt. Bezüglich der Vermittlungsplattform besteht keine einheitliche Betrachtung. Der überwiegende Teil der Anbieter sieht keine Erleichterung durch diese, daher hat sich die Verwaltung gegen die Einrichtung der Vermittlungsplattform ausgesprochen.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Thema. 30 Plätze sind für diese Stadt nicht ausreichend. Bei dem demographischen Wandel, den früheren Entlassungen aus Krankenhäusern und weiteren Faktoren ist die Kurzzeitpflege nicht sichergestellt. Wir müssen die Träger zu einem weiteren Ausbau bewegen. Die Vermittlungsplattform allein ist für die älteren Menschen, die damit nicht umgehen können, nicht anwendbar und deshalb keine gute Option. Telefonische Verfügbarkeit muss weiterhin gegeben sein.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Als wir das Thema erstmals 2018/2019 aufgebracht haben, gab es nur sieben Kurzzeitpflegeplätze. Es hat sich somit durch die städtische Förderkonzeption ein Erfolg eingestellt. Geplant war, die Konzeption zu vereinfachen und damit zu verbessern. Wurde dies bei den Gesprächen mit den Einrichtungsträgern besprochen? Nicht! Es gibt auch Förderkonzepte des Bundes, die Heimstiftung habe ich informiert, dass 2023 vom Land Baden-Württemberg noch ein Förderprogramm aufgelegt werden wird. Wir haben 136 eingestreute Kurzzeitpflegeplätze, aber wir brauchen feste Plätze, da sind 30 zu wenig. Bezüglich der Räumlichkeiten der Caritas habe ich gehört, dass die Kapazitäten nicht ausreichen und sie deshalb ausziehen müssen. Gibt es Gespräche mit der Caritas, damit es auch einen Ersatz gibt?

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Im Fazit der Vorlage stehen drei Punkte. Beim ersten, Erhöhung der Pflegeplätze, sind wir uns einig, dass diese stattfinden muss. Bei zweitens, Gewinnung von Fachpersonal, und drittens, Verbesserung der Finanzierung, bin ich ratlos. Überall fehlt Fachpersonal. Ich bin bei diesem Punkt nicht optimistisch, dass die Umsetzung gelingen wird. Wie gelingt es, die Finanzierung zu verbessern, und wer soll dies tun?

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Anzahl der Plätze ist das eine, die Pflegeleistung ist das andere. Ein Beispiel: Im Alter zwischen 75 und 80 Jahren ist ein Oberschenkelhalsbruch nicht unüblich. Das Krankenhaus entlässt eine Patientin früh mit angedachter Reha. Jedoch die Reha-Einrichtung nimmt die Person nicht nahtlos auf, da die Wunde noch nicht verheilt ist. Damit muss die Person in die Kurzzeitpflege. Das funktioniert nicht, die Pflegekräfte können dies nicht leisten, da die Versorgung auf Altenpflege ausgelegt ist und nicht auf Wund- oder Nachversorgung von Operationen oder Brüchen. Im System ist eine große Lücke, wenn jemand zu früh aus dem Krankenhaus entlassen wird. Dies muss mit den Krankenhäusern sowie den Pflegeeinrichtungen geklärt werden.

Frau Höfle (SJB): Es gibt eine gesetzliche Änderung, dass Krankenhäuser auch Kurzzeitpflege anbieten können. Der Städtetag ist dabei, Empfehlungen auszuarbeiten, die in die neuen Rahmenverträge aufgenommen werden sollen, um die Kurzzeitpflege besser zu vergüten sowie die Personalausstattung vorzuschreiben. Die Förderkonzeption wurde für zwei Jahre im Haushalt 2019/2020 beschlossen. Im Mai 2020 wurde beschlossen, die Förderkonzeption einzustellen, jedoch mit dem Hinweis, dass weiterhin an der Kurzzeitpflege gearbeitet wird. Die Gespräche mit den Trägern waren gut. Die Kurzzeitpflege bringt den Einrichtungen nicht genug Geld ein. In Bezug auf Caritas laufen Gespräche, die Sozialplanung macht eine Stellungnahme hinsichtlich der Nutzung. Es bedarf einer Ausnahmeregelung über die Heimaufsicht, die aktuelle wird zum Ende des Jahres auslaufen. Wir als Sozialplanung werden uns positiv aussprechen, damit die Caritas-Einrichtung erhalten bleibt.

Frau Langeneckert (SJB): Die Kurzzeitpflege zu fördern, ist keine kommunale Aufgabe. Die Frage ist, wie man an eine gute Anzahl eingestreuter Plätze kommt oder wie die Träger animiert werden können, neue Plätze zu schaffen und anzubieten. Das Förderkonzept war als Anschubfinanzierung gedacht, diese hat nicht genug gefruchtet. Eine Kurzzeitpflegeeinrichtung muss groß genug sein, damit sie sich rechnet. Es muss abgewartet werden, wie sich die Einrichtung im Klosterweg mit der Heimstiftung entwickeln wird und ob sich andere Träger animiert fühlen.

Herr Schnell verlässt den Sitzungssaal.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Wenn die Caritas ihre bisherige Kurzzeitpflegeeinrichtung nicht wirtschaftlich betreiben kann, wie sieht es dann mit der Förderkulisse der Stadt Karlsruhe von circa 80.000 bis 90.000 Euro aus?

Frau Langeneckert (SJB): Wir sind im öffentlichen Sitzungsteil, deshalb kann ich das jetzt nicht konkretisieren.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege zur Kenntnis.

TOP 5: Weiterentwicklung Agenda Vielfalt@KA - Projekt „Queer in den Quartieren“
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Sailer (SJB): Für das Projekt „Queer in den Quartieren“ wird derzeit die Abrechnung mit dem Land erstellt. Die Fachleute der Sozial- und Jugendbehörde sind jetzt sicherer im Umgang mit dem Thema, durch Fortbildungen wurden Ängste abgebaut. Das Buch mit Comingout Geschichten liegt nun vor, es ist gut geworden. Die Verteilung wird noch erfolgen. Die Regenbogen Kinderkoffer sind ebenfalls toll geworden. Aktuell sind drei davon an Kinder- und Familienzentren vergeben. Für die weitere Verteilung muss nochmals Werbung gemacht werden. Ziel ist es, dass Kitas und Grundschulen sich die Materialien anschauen können, um zu überlegen, mit welcher angeschafft werden sollen. Der Flyer LSBTTIQA* wurde im Jugendhilfeausschuss bereits vorgestellt. Alle Informationen sind online eingestellt, auch in englischer Sprache. Es wurde der Verein „Queer Castle e.V.“ gegründet, eine engagierte lebendige Gruppe, die wir als Stadtverwaltung begleiten dürfen.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Es ist toll, wie die Verwaltung beim Vernetzungstreffen dabei ist und sich engagiert. Die neue Homepage ist gut aufgebaut. Jedoch sollte gerade bei dem queeren Thema mehr auf das Gendern geachtet werden. Der Regenbogen Kinderkoffer ist ein guter Weg. Durch das frühe Einbinden der Kinder wird es selbstverständlich sein, und feindliche Übergriffe können dadurch zukünftig vermieden werden.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Es ist gut, dass man darauf schaut, dass keine Diskriminierung geschieht, sondern die Menschen den Respekt erhalten, den sie verdienen. Das bisherige traditionelle Familienmodell, Mann-Frau-Kind, darf jedoch nicht als überholt gelten.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Die traditionelle Familie wird nicht in Frage gestellt werden. Heutzutage lebt man noch immer in einem heterosexuellen Kontext, da dieser in den Medien viel stärker vertreten ist, als es im realen Leben der Fall ist. Es geht nur um die Akzeptanz der Lebensform.

Frau Sailer (SJB): Was ist normal? Die Mehrheit? Diese lebt heute noch in Hetero-Beziehungen. Man muss von den Begrifflichkeiten „normal“ und „unnormale“ wegkommen, sondern die Vielfalt zulassen und maximal von Mehrheit oder weniger vertretenen Gruppen sprechen. Kinder müssen erklärt bekommen, dass alle Formen in Ordnung sind.

Der Vorsitzende: Die Gesellschaft ist schon sehr weit. Wen hat beispielsweise vor drei Jahren das Comingout des Fußballers Hitzelsberger interessiert? Respekt für den Stadtjugendausschuss, der den Mädchen-Treff in einen queeren Jugendtreff umgewandelt hat.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Solche Projekte tragen zur Toleranz in der Gesellschaft bei. Geld, das hier in Kinder und Jugendliche investiert wird, ist gut angelegt. Dadurch entsteht bei den Kindern ein Selbstverständnis für das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.

Frau Stadträtin Wiedemann (CDU): Das Wort Toleranz ist an dieser Stelle falsch. Jeder ist richtig, so wie er ist und kann so sein wie er möchte. Der „alte Fritz“ hat gesagt, jeder soll nach seiner Fassung glücklich werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit und müsste nicht mehr hervorgehoben werden.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Ist es wirklich überall selbstverständlich? Gibt es wirklich in allen Kitas oder Schulen offene Türen? Oder gibt es Widerstände?

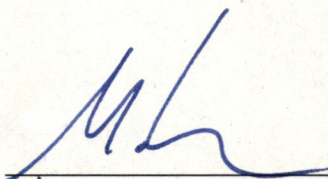
Frau Sailer (SJB): Dazu kann ich noch nichts sagen, da die ersten Kinderkoffer erst kürzlich abgeholt wurden. Vermutlich wird es hier und da auch Schwierigkeiten geben. Wir haben noch ein Stück Arbeit vor uns.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt die Weiterentwicklung der Agenda „Vielfalt@KA“ und das Projekt „Queer in den Quartieren“ zur Kenntnis.

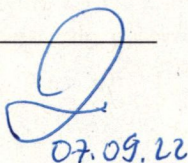
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 25. Juli 2022

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



07.09.22



Carmen Edler
Schriftführerin